

**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus  
**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege  
**Band:** 57 (1963)  
**Heft:** 4

**Artikel:** Erstes Gebot : Rettet den Frieden!  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-140771>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 08.02.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

kraft einzusetzen — und ihre eigene Intelligenz (die durchaus fähig ist, verbesserte Methoden von Fremden zu lernen), um ihren eigenen, grundlegenden Bedürfnissen, Nahrung, Kleidung und Unterkunft, zu genügen und etwa noch einige Gemeingüter wie Straßen, Brunnen und Gemeindebauten zu beschaffen.»

«Die gegenwärtige Situation mit ihren Tausenden von elenden, erbärmlichen Dörfern und Hunderttausenden von städtischen Obdachlosen mitten im Frieden ist eine abnormale Erscheinung in der Geschichte. (Vielleicht durch generationenlange Unterernährung zu erklären. Der Übersetzer.) Es liegt nicht an der Übervölkerung oder am Kapitalmangel — Millionen haben sich in der Vergangenheit an die Arbeit gemacht und bewiesen, daß ein Paar Hände nicht nur Einkommen, sondern sogar die Dauergüter für eine zivilisierte Existenz schaffen können. Man muß sich fragen, was Schlimmes geschehen ist.» Mr. Schumacher ist überzeugt, daß es der Einfluß der modernen westlichen Industrialisierung war, der eine Art Lähmung in den industriell zurückgebliebenen Völkern verursachte. «Sehr zum Unterschied vom Westen, der seine wirtschaftlichen Traditionen erst im Verlauf seiner Entwicklung aufgab, zu einer Zeit, als er schon neue Methoden anzuwenden gelernt hatte — verlor Indien zum Teil infolge westlicher Beherrschung seine alten Traditionen und versank im Elend.»

«Man glaube doch nicht, daß man ein solches Land entwickeln könne, indem man Geld hineinpumpt.» Mr. Schumacher schreibt dazu: «Es ist meine persönliche Auffassung, daß ein Land, welches Entwicklungspläne ausarbeitet, die völlig auf den Empfang umfangreicher Fremdhilfe abstellen, seiner Selbstachtung und dem Selbstvertrauen seines Volkes solchen Schaden antut, daß, selbst rein wirtschaftlich gesehen sein Verlust größer ist als sein Gewinn.» — Es würde zu weit führen, im einzelnen zu schildern, wie seine Ratschläge für eine harmonische Entwicklung lauten. Es soll dies vielmehr in einem weiteren Artikel geschehen. Die Bedeutung des Themas rechtfertigt dies durchaus. Red.

## Erstes Gebot: Rettet den Frieden!

Wir machen uns in Europa keinen Begriff, in welchem Zustand der Panik und Todesfurcht das amerikanische Volk die letzten Tage des Oktobers 1962 verlebte. Den Grad der Aufregung verspüren wir in einer Predigt, die *Stephen H. Fritchman* in Los Angeles am 28. Oktober 1962, am Ende einer siebentägigen Krise vor 1100 Gemeindeangehörigen hielt. Dieser Unitarierpfarrer ist schon früher in den «Neuen Wegen» zum Wort gekommen. Wir verdanken diese gekürzte Wiedergabe dem australischen Kirchenblatt «The Beacon».

Seit vier Jahrhunderten befürworten die Unitarier volle Redefreiheit für ihre Pfarrer und die Laienangehörigen ihrer Gemeinden. Es gibt wohl Zeiten, da es den Gemeindegliedern schwer fällt, ihre

Pfarrer Überzeugungen äußern zu hören, die das gerade Gegenteil ihrer eigenen Auffassung sind. Dies mag auch heute der Fall sein — denn ich befinde mich in der tragischen Lage, den politischen Entscheidung meines Präsidenten und vieler meiner Landsleute abzulehnen. Zwar spreche ich letzten Endes nur für meine Person, und dennoch wäre es größte Pflichtverletzung, wollte ich in diesem Moment meine ehrliche Überzeugung vor Ihnen verschweigen. Unser höchster religiöser Grundsatz lautet, daß wir in Wort und Tat unserem persönlichen Gewissen gehorchen sollen. Was mich tiefer trifft diese Woche als irgendein anderer Aspekt dieser Krise, ist das Schweigen meiner Landsleute. Ich spreche mit äußerster Zurückhaltung, denn ich weiß, wie aufgewühlt wir alle sind. Ich hoffe inständig, diese Krise möge vorübergehen. Wir zittern nicht so sehr um unserer selbst willen, sondern um aller Männer und Frauen auf dieser Erde und ganz besonders um ihrer Kinder willen. Es ist eure und auch meine Pflicht, die Herzen jedes Menschen, mit dem wir zusammenkommen, zu stärken und mehr als das übliche Mitleid und Verständnis zu beweisen. Zu solchen Zeiten verlieren viele Leute die Nerven und die Fähigkeit, klar zu denken. Gerade diese Gefahr erfordert das Äußerste an Konzentration und unser höchstes Bemühen, selbst wenn diese unsere letzten Stunden auf Erden wären, Zeugnis abzulegen von der Zuverlässigkeit und der Würde des menschlichen Geistes, der eine friedliche Welt zu schaffen sucht. Es gibt keine geeignetere Aufgabe für uns als bis zum letzten für dieses Ziel einzustehen.

Ich glaube, wir werden die gegenwärtige Krise überstehen und den Weg zum Frieden wieder finden, wie unsicher und bedroht er infolge der vielen falschen Entscheidungen der letzten Jahre und Tage auch sein möge. Komme, was da wolle, Menschenliebe, klares Denken und gemeinsames Sichergehen an den Gütern dieser Erde gehört zu unseren Aufgaben. Aber die Erhaltung des Friedens ist unsere erste Pflicht. Nichts geht dieser Pflicht vor, wenn wir unsere Menschlichkeit bewahren wollen. Wenn ich dieser Tage kleine Kinder auf der Straße sehe, so frage ich mich: «Tue ich alles in meinen Kräften, um unseren Führern und den Verantwortlichen in allen Teilen dieser Erde die Rückkehr zu weisem Verhalten zu erleichtern?» Wir treffen Leute, die zeitweilig ihrer Vernunft beraubt sind, Leute, die leidenschaftlicher um ihren materiellen Besitz und dessen Vermehrung besorgt sind als um das Überleben der menschlichen Rasse, einschließlich ihrer eigenen Blutsverwandten und Kinder. Ich habe Televisionsgespräche mit «dem Mann auf der Straße» angehört, in denen die Gefragten zornig forderten: «Besetzt Kuba jetzt. Machen wir Schluß damit. Natürlich kann es Nuklearkrieg bedeuten. Das ist mir vollkommen gleich.» Nun kann ein emotioneller Krankheitsanfall dieser Art ansteckend sein wie Typhus oder die Pest. Es ist diese Epidemie psychopathischer Zornes, die Auslösung dieser Haßkampagne durch einzelne Organe der Presse und der Television, die eure und meine Aufgaben jeden Tag dieser

Krise dringlicher macht. In diesen Zeiten ist es die Pflicht des einfachen Bürgers, mitzuhelfen, daß Vernunft regiert. Wir dürfen uns unseren Führern nicht unterwerfen. Sie sind schließlich nur sterbliche Menschen, der Angst und der Leidenschaft unterworfen, grad wie du und ich.

Mr. Kennedy hat das Recht auf seine Ansichten in der gegenwärtigen Auseinandersetzung mit Kuba und der Sowjetunion, aber wenn unter uns Leute sind, die nicht mit ihm übereinstimmen, so müssen sie dies klar und mit allem Nachdruck aussprechen. Kein Führer irgendeiner Nation, wie mächtig sie immer sein möge, hat das Recht, dem Leben des größten Teils der menschlichen Rasse ein Ende zu setzen. Die Erfindung der Atomspaltung hat die Heiligkeit des Lebens nicht aufgehoben.

Unsere Regierung hat Kuba oder den Nationen, die Kuba Waren liefern, nicht den Krieg erklärt, aber die einseitige Blockade von Kuba ist eine kriegerische Handlung, die einem Kriegsbeginn gefährlich nahekommt. Wenn der Präsident den Entscheid der kubanischen Regierung, ihre souveräne Macht aufrechtzuerhalten und freundlich gesinnte Nationen um Hilfe zu bitten, anführt, so setzt er die Zukunft der menschlichen Rasse einer tödlichen Gefahr aus.

Beide, unsere Nation und die UdSSR, sind für unsere kritische Lage verantwortlich, die USA durch die Seeblockade und die UdSSR durch ihre Raketenabschußrampen in Kuba. Ich bin für den sofortigen Abbau dieser Abschlußrampen in Kuba und den Abbau aller amerikanischen Stützpunkte in jedem Land, wo sie die Sicherheit anderer Völker bedrohen, seien es die Russen, die Chinesen oder die Kubaner.

Wenn man übrigens näher zusieht, so hat man den Eindruck, daß Präsident Kennedy weniger die Raketen fürchtet, die aus Kuba nach dem Norden fliegen, als die Ideen, die sich von Kuba nach dem Süden ausbreiten. Die Vereinigten Staaten können aber den lateinamerikanischen Staaten nicht mehr vorschreiben, was für eine Regierung sie haben dürfen. Die öffentliche Meinung der Welt ist nicht auf unserer Seite in der einseitigen Aktion vom letzten Montag, und die Gallup-Meinungsforschung von 12. Oktober macht es deutlich, daß auch die Mehrheit der Amerikaner nicht für aggressives Vorgehen gegen Kuba war. Diese Meinungsforschung wurde durchgeführt, als gewisse Politiker durch Presse, Radio und Television die Hysterie über Kuba zu Weißglut anfachten. Es war während der letzten Wochen der amerikanischen Parlamentswahlen, aber trotz dieser Hetze sagten die Amerikaner «Hände weg von Kuba».

Ich glaube, daß die Sowjetunion alles tun wird trotz ungeheurer Provokation, um einen dritten Weltkrieg zu vermeiden, aber heute noch fürchte ich eine Invasion Kubas durch unsere eigenen Streitkräfte. Wir haben in den letzten Wochen erfahren, daß McGeorge Bundy, Mr. Kennedys Berater, den Präsidenten zu überreden suchte, daß heute und nicht erst morgen der Moment sei, mit dem Sozialismus

auf Kuba aufzuräumen. Ich glaube, daß Mr. Chruschtschew alles Mögliche tun wird, um den Frieden zu retten und die sozialistische Gesellschaft in seinem Land zu erhalten, aber er kann nicht auch noch für das Leben von mehreren Millionen Kubanern garantieren. Nur wir, ihr und ich, können dies tun, indem wir darauf bestehen, daß der Präsident die Kriegsmeute wieder zurückpfeift. Amerika kann in Frieden leben mit einem sozialistischen Kuba, ja sogar mit einem sozialistischen Südamerika, das wahrscheinlich vor Ende des Jahrhunderts verwirklicht wird. Sorgen wir dafür, daß sich unsere Minister zu dieser Idee durchringen. Ihr und ich, wir können, wenn wir uns die Mühe nehmen, in Millionen zu unserem Präsidenten sprechen. Beweisen wir ihm, daß wir glauben, der Krieg sei kein brauchbares politisches Mittel heute, wenn der Mensch weiter diese Erde bewohnen will. Und wir können auch nicht einen Moment ruhen, bis unser Friedenswille, der Friedenswille des amerikanischen Volkes, bei Präsident und Botschafter, bei Senat und Kongreß als unverbrüchlich feststeht.

Ich erwarte keine Zerstörung unserer Städte in den nächsten Tagen, aber ich sehe nicht, wie eine Nuklearkatastrophe früher oder später verhindert werden kann, wenn wir nicht unsere Führer zu einer vertieften Verantwortung für die Wohlfahrt der ganzen Menschheit und nicht nur für die Wohlfahrt der Leute in unseren 50 Staaten bringen können. Wenn einmal der Kriegsstaat — die nackte und rücksichtslose Gewalt — zu unserer Lebensweise werden sollte, so wird die Freiheit, uns auszusprechen, wie wir es heute tun, der Vergangenheit angehören. Jetzt ist der Moment, zu sagen, was man denkt. Ideen sind mächtiger als kriegerische Handlungen, aber Ideen verlangen Verbreitung, Diskussion und Entschlossenheit von euch. Was ich für diese Krise als absolut notwendig erachte, ist dies:

1. Bleibt unter allen Umständen kritisch und sagt, was ihr zu sagen für richtig haltet. Weist jeden zurecht, der es wagt, unser ererbtes Recht des Protests aus Gewissensgründen in Frage zu stellen.

2. Besteht auf Verhandlungen, in erster Linie in den Vereinten Nationen, aber auch zwischen den Bürgern und unserer Regierung.

3. Endet die Blockade und zerstört die Raketenabschußrampen in Kuba und in jeder Nation, wo sie die Bevölkerung bedrohen.

4. Anerkennt die Integrität von souveränen Nationen und ihre Freiheit, ihr Volk zu nähren und ihr Brot zu verdienen, wie sie es als richtig erachten, solange jede Nation die Rechte ihrer Nachbarn achtet.

5. Erzwingt eine Gipfelkonferenz. Wir, das Volk, sind schließlich die oberste Gewalt. Es ist nicht Unverschämtheit, wenn wir sagen: «Mr. Kennedy, treffen Sie sich mit Mr. Chruschtschew und Mr. Castro. Setzen Sie sich an den Tisch und verhandeln Sie. *Wir wollen leben*, wir wollen alle das Ende des Jahrhunderts erleben. Meine Herren, setzen Sie sich und reden Sie miteinander!»

*Red.*